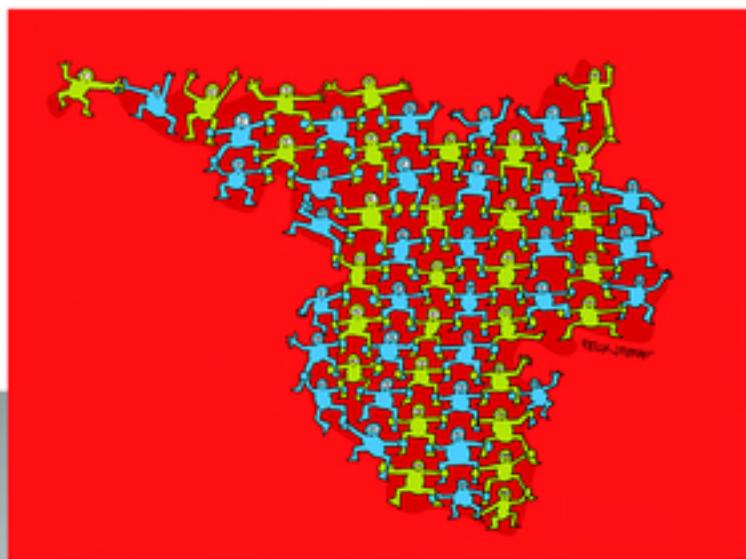


Monika Sonntag

# Grenzen überwinden durch Kultur?

Identitätskonstruktionen von Kulturakteuren  
in europäischen Grenzräumen



# 1 Einleitung

## 1.1 Die Suche Europas nach einer postnationalen Identität

„Europa, das Europa, das ich liebe, hat keine Grenzen; Griechenland hätte es nicht ohne Ägypten gegeben, Rom nicht ohne Griechenland, die mittelalterlichen Imperien – aber auch das moderne amerikanische – nicht ohne Rom. Es hätte auch Versailles nicht ohne China gegeben, den Jugendstil nicht ohne Japan, Picasso nicht ohne die afrikanische Plastik: Europa ist eine Andere. Aber damit Europa überhaupt ist, damit ich Adressaten habe für das Glück, ein Mensch dieses Kulturkreises zu sein, brauche ich die Bürgerschaft der EU, brauche ich Mitbürger, die für das grenzenlose Europa in Raum und Zeit Verantwortung übernehmen; dafür brauche ich die EU“ (Muschg 2008: 43f.).

Die Identitätssuche Europas steht stellvertretend für eine Problematik, die sich in ähnlicher Form auch für einzelne Städte, Regionen oder Nationen stellt: Wie lässt sich eine Identität verstehen, die in so vielfältiger Art und Weise mit anderen Identitäten, Räumen, Orten und Kulturen verflochten ist? Wo endet das Eigene, und wo beginnt das Fremde? Was gehört zu Europa, und was gehört nicht dazu? Wo verlaufen Grenzen, und welche Rolle spielen sie überhaupt noch angesichts der weltweiten Verflechtungen?

In dem zitierten Abschnitt beschreibt Adolf Muschg die Widersprüchlichkeit zwischen der kulturellen und der politischen Identität Europas: Einerseits ist Europa in kultureller Hinsicht nicht ohne das außereuropäische Andere zu denken, ebenso wie die einzelnen Nationalstaaten Europas durch einen grenzüberschreitenden Austausch mit anderen Nationen, Regionen und Kulturen geprägt sind. In diesem Sinne ist die (kulturelle) Identität Europas grenzenlos. Andererseits scheint die politische Grenzziehung und die damit verbundene Konstruktion einer kollektiven (politischen) Identität Europas notwendig, um verantwortungsvoll und auf demokratischer Grundlage handeln zu können (Thaa 2003). Diese Widersprüchlichkeit zwischen Entgrenzungsprozessen auf der einen Seite und der Notwendigkeit von Grenzziehungen auf der anderen Seite kennzeichnet den Integrationsprozess der Europäischen Union und die Suche nach einer gemeinsamen Identität. Laut Julia Kristeva (2011) befindet sich Europa auf einer unendlichen Identitätssuche (*quête identitaire*), die angesichts der grundsätzlichen Widersprüchlichkeiten zwischen Entgrenzungs- und Begrenzungsprozessen niemals einen Abschluss finden könne.

Die Suche nach dieser noch zu definierenden Identität Europas spiegelt sich in dem Begriff des *Postnationalen* wider (Delanty 2009: 221; Balibar 2004: 20; Cerutti 2003: 7). Das darin enthaltene Präfix *post-* deutet zwar an, dass es sich beim postnationalen Europa um ein Europa handelt, das zeitlich auf das Europa der Nationen folgt. Allerdings steht der Begriff nicht für einen Bruch oder eine vollständige Abkehr vom Nationalen, sondern für dessen Öffnung, Erweiterung und Umdeutung. Beck und Grande (2004) unterscheiden diesbezüglich zwischen der Epoche der Ersten Moderne, in der Gesellschaften entlang nationaler und nationalstaatlicher Grenzen organisiert waren, und dem postnationalen Zeitalter des Kosmopolitismus und der Postmoderne bzw. der Zweiten Moderne. Ein postnationales, kosmopolitisches Europa beabsichtige „gerade nicht, die Nation aufzulösen und zu ersetzen, sondern sie neu zu interpretieren“ (ebd.: 15).

Während sich die Soziologie mit der Frage beschäftigt, ob ihr „nationaler, territorialer, staatlich organisierter und begrenzter“ *Gesellschaftsbegriff* (Beck 2004: 40) noch in der Lage ist, Europa zu verstehen (vgl. auch Delanty 2009: 52), steht die Geographie vor der Aufgabe zu klären, auf welchen *Raubegriff* sie sich beziehen kann, um die Komplexität eines postnationalen Europas zu fassen:

„[I]f the modern idea of Europe has both reflected and been sustained by a modern European geographical imagination, a way of creating, understanding and representing space, and if this has in turn provided the intellectual rationale for the modern discipline of geography, then it follows that a radically different idea of Europe will need to rest upon an entirely different geographical imagination and, in turn, a new way of writing geography. If geographers have a further contribution to make to the European debate – and I believe we have – this will be best achieved by constructing new and distinctively European geographies of a new and cosmopolitan Europe“ (Heffernan 2007: 87).

Ich gehe mit Heffernan davon aus, dass sich über den Raumbegriff neue Perspektiven auf Europa eröffnen, und zwar nicht weil „Raum“ an sich wichtiger oder weniger wichtig würde, sondern weil über den Raumbegriff die Problematik der Verortung und Abgrenzung von (nationalen) Kulturen und Identitäten theoretisch gefasst werden kann.

Das Beispiel der Nation steht dabei stellvertretend für ein Phänomen, das sich auf allen räumlichen Maßstabsebenen findet und daher zum Gegenstand einer grundsätzlichen Kritik der kulturgeographischen Forschung geworden ist: Die Objektivierung und Naturalisierung gesellschaftlicher Sachverhalte durch ihre Projektion auf einen physisch-materiellen Raumausschnitt (Werlen 2008: 368). Im Modell der Kulturnation ist für die Definition der Nation als Volksgemeinschaft zum einen ihre gemeinsame Geschichte und kulturelle Tradition (Binder et al. 2001: 9) sowie zum anderen ihre Kopplung an die politische Organisationsform des Staates und damit an ein räumlich-territorial definiertes Staatsgebiet

kennzeichnend, d.h. an ein Territorium, über das der Staat souveräne Macht ausübt (Kaplan/Herb 1999: 2; Herb 1999: 10, 17). Die kulturelle Gemeinschaft der Nation wird räumlich verortet und auf einen bestimmten Erdräumausschnitt projiziert. Bhabha (1990b: 292) beschreibt die Nation daher als „form of living the locality of culture“. Kulturelle Phänomene erscheinen auf der Grundlage dieser „Raum-Gesellschafts-Kombinatorik“ (Miggelbrink/Redepenning 2004: 320) als Eigenschaften eines Raums und wirken eben dadurch besonders real und vermeintlich objektiv.

Die soziale oder kulturell-ethnische Unterscheidung zwischen dem Eigenen und dem Fremden oder zwischen *uns* und *ihnen* wird als Unterscheidung zwischen *uns hier, diesseits der Grenze* und *ihnen dort, jenseits der Grenze* wahrgenommen. Es scheint, als seien die Menschen *hier* tatsächlich anders als *dort*, und als habe es diese Unterschiede schon immer gegeben. Das heißt, territoriale Grenzen und die damit verbundenen kulturellen Differenzen und Identitäten erscheinen als gesellschaftliche Realität. Sie bilden die Grundlage machtvoller imaginativer Geographien bzw. raumbezogener Vorstellungsbilder (*geographical imaginations/ imaginative geographies*) (Gregory 1994; ebd. 1995). Die grundsätzliche ontologische Frage, ob die Grenzen aufgrund objektiv vorhandener Unterschiede zwischen Nachbarn gezogen wurden oder ob umgekehrt der Prozess der Grenzziehung diese Differenzen erst hervorgebracht hat, ist angesichts der vermeintlichen Selbstverständlichkeit der Unterschiede für den Einzelnen kaum noch nachvollziehbar (Balibar 2007: 37). Die Verräumlichung von Kultur und kultureller Identität ist sowohl auf der Ebene der Nationalstaaten als auch auf subnationaler Ebene (z.B. bei Städten und Regionen) sowie auf supranationaler Ebene (z.B. bei der EU) zu beobachten.

Auf europäischer Ebene werden heute neue Formen der Zugehörigkeit erprobt, die sich dieser Verortungslogik entziehen. Dabei stellt sich die Frage, ob Europa neben einem politischen Zusammenschluss auch einen Kulturraum repräsentiert, dessen Bürger bestimmte kulturelle Eigenschaften und Werte teilen und der sich damit von anderen Teilregionen der Erde unterscheidet (Heffernan 2007: 32), beispielsweise von Amerika oder auch von dem Orient als außereuropäische Alterität.

„[T]he Orient‘ is itself a constituted entity, and the notion that there are geographical spaces with indigenous, radically ‚different‘ inhabitants who can be defined on the basis of some religion, culture or racial essence proper to that geographical space is equally a highly debatable idea“ (Said 1978: 322).

Die Frage „Brauchen die Europäer eine Identität?“ (Cerutti/Rudolph 2011) ist in der EU politisch trotz oder gerade wegen der theoretischen Definitionsschwierigkeiten und der Problematik des Begriffs der Identität seit den 1990er Jahren

zu einer vieldiskutierten Frage avanciert. Auf welche kulturelle und identitäre Grundlage kann sich dieses Einigungsprojekt langfristig stützen?

Die Frage nach der gemeinsamen Identität Europas war im Zuge der wirtschaftlichen und institutionellen Integration weitgehend unbeantwortet geblieben. Denn zu Beginn des europäischen Einigungsprozesses stand die kulturelle Identität Europas noch nicht im Vordergrund. Vielmehr bildeten im Europa der Nachkriegszeit zunächst friedenspolitische Überlegungen und das Ziel der wirtschaftlichen Stabilität den Ausgangspunkt für die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, auch „Montanunion“ genannt) im Jahre 1952. Seither hat Europa einen beispiellosen Integrationsprozess erlebt: Supranationale und intergouvernementale EU-Institutionen wurden geschaffen und in ihren Strukturen immer wieder verändert. Begleitet wurde dieser Prozess der institutionellen Integration durch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (1999), die Schaffung des europäischen Binnenmarktes und die Erweiterungsrounds auf heute 27 Mitgliedstaaten.

Für die grenzüberschreitende Kooperation sowie die Öffnung der Grenzen für den Personen- und Güterverkehr waren wiederum die Regelungen des Schengen-Raums wegweisend, der heute 24 Staaten umfasst. Den Anfang machten Deutschland, Frankreich und die Benelux-Staaten, die im Jahre 1985 das „Übereinkommen [...] betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen“ unterzeichneten. 1995 schließlich trat das Schengener Durchführungsübereinkommen in Kraft. Die Regelungen des Schengen-Abkommens sind Bestandteil der Einwanderungs- und Asylpolitik der Europäischen Union, so dass mit dem Abbau der Kontrollen an den EU-Binnengrenzen eine Verstärkung und Vereinheitlichung der Kontrollen an den EU-Außengrenzen verbunden ist.

Trotz ihrer Erfolgsgeschichte war die EU in den beiden vergangenen Jahrzehnten zunehmend mit einer Legitimations- und Akzeptanzkrise konfrontiert, die ihren Ausdruck 2005 in den negativen Referenden zum Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden fand und sich in einer weit verbreiteten Euroskepsis bei den Bürgern widerspiegelt (Knelangen 2012: 33). Interessanterweise rückte die Frage nach der kulturellen Identität Europas erst zu einem Zeitpunkt in den Mittelpunkt des politischen Interesses, als die wirtschaftliche und institutionelle Integration Europas bereits weit vorangeschritten war.

„Im Herzen des europäischen Einigungsprojekts hat ein Bruch stattgefunden. Die Frage lautet nicht mehr ‚Was wollen wir zusammen machen?‘, sondern ‚Wer sind wir zusammen?‘“ (Bertossi 2007: 6)

Ein halbes Jahrhundert nach der Gründung der Montanunion wurde die Warnung laut, Europa dürfe nicht auf eine Wirtschafts- und Währungsunion oder auf das

Europa der Brüsseler Institutionen reduziert werden. Die kulturelle Integration sei gegenüber der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas zu Unrecht vernachlässigt worden. So argumentierte der Präsident der Europäischen Kommission im Jahre 2004:

„[M]ost of the work that went into the process of European integration has been devoted to our economies and to our markets [...]. [W]hat the EU [...] will be, cannot succeed without a proper look at Europe's cultural dimension. [...] The EU has reached a stage of its history where its cultural dimension can no longer be ignored“ (Barroso 2004, o.S.).

Angesichts der aktuellen Finanz- und Eurokrise ist die wirtschaftliche Dimension der europäischen Integration wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Die Frage nach dem gesellschaftlichen Fundament für den Zusammenhalt Europas ist dadurch jedoch keineswegs unbedeutender geworden. Im Gegenteil: Sie zeigt sich in neuer Vehemenz in den Debatten um die finanzpolitische Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten (Stratenschulte 2011) und um ein mögliches Zerschneiden der Eurozone (Beckert/Streeck 2012). Bei der politischen Diskussion darüber, ob beispielsweise deutsche Steuergelder für die Rettung der griechischen Staatskasse ausgegeben werden sollen, geht es letztlich um das Selbstverständnis der Nationalstaaten innerhalb der Europäischen Union und um die Frage, inwiefern nationale und europäische Identitäten einander ergänzen und durchdringen oder politisch gegeneinander ausgespielt werden (vgl. Lichtenstein 2012; Schild 2003).

In dieser Arbeit betrachte ich ein spezifisches Politikfeld, in das die EU trotz – oder gerade aufgrund – der wirtschaftlichen Herausforderungen große Hoffnungen im Hinblick auf den Zusammenhalt Europas setzt: den Kulturbereich. Die EU nutzt Kulturpolitik als Identitätspolitik für Europa (zu den verschiedenen Europakonstruktionen in der EU-Kulturpolitik vgl. Quenzel 2005). Das Hauptziel der EU-Kulturpolitik und ihrer Fördermaßnahmen besteht darin,

„durch den Ausbau der kulturellen Zusammenarbeit zwischen Kulturschaffenden, Kulturakteuren und kulturellen Einrichtungen [...] zur Förderung des Kulturraums, den die Europäer miteinander teilen und der auf einem gemeinsamen kulturellen Erbe gründet, beizutragen und damit die Entstehung einer Europabürgerschaft zu begünstigen“ (Europäisches Parlament und Rat 2006a: 4 (Art. 3, Abs. 1)).

Die EU begründet ihre kulturpolitischen Maßnahmen also damit, dass die einzelnen Bürger im Rahmen der geförderten Kulturprojekte ihre Unionsbürgerschaft, d.h. ihre politische Identität als Bürger der Europäischen Union, als Realität erleben und auf dieser Grundlage den Integrationsprozess selbst aktiv mitgestalten können. Die Unionsbürgerschaft wurde 1992 im Vertrag von Maastricht (EU-Vertrag, Artikel 9) festgeschrieben und beinhaltet u.a. das Recht auf Freizügigkeit mit der Möglichkeit, in einem anderen EU-Land erwerbstätig zu sein und sich dort niederzulassen.

Auf der Grundlage ihres Leitspruchs „In Vielfalt geeint“ sucht die EU nach einem Weg, um die rechtliche Gleichstellung aller Unionsbürger vor dem Gesetz mit einem kulturellen Identitätsverständnis zu verbinden, das sowohl europaweite Gemeinsamkeiten herausstellt als auch kulturelle Besonderheiten der einzelnen Nationen, Regionen und Minderheiten anerkennt.

„Es ist wesentlich, die kulturelle Zusammenarbeit und den kulturellen Austausch zu unterstützen, um die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa zu achten und zu fördern und den europäischen Bürgern eine bessere Kenntnis der anderen Kulturen Europas zu ermöglichen und dabei gleichzeitig ihr Bewusstsein für ihr gemeinsames europäisches Kulturerbe zu stärken“ (Europäisches Parlament und Rat 2006a: 1 (Abs. 1)).

Die EU hofft, dass die Unionsbürger zusätzlich zu ihrer rechtlichen und politischen Zugehörigkeit zur EU auch eine emotionale und kulturelle Zugehörigkeit zu Europa entwickeln. Eine Kernfrage der europäischen Identitätsproblematik lautet, wie eine Einheit gestaltet werden kann, in der innereuropäische ebenso wie außereuropäische Partikularismen ihren Platz finden und dabei weder aufgelöst noch verfestigt werden (Murphy 1999: 61; Eder 2007: 206; Hettlage 2007: 303). Dementsprechend würde ein postnationales Verständnis der europäischen Identität über eine schlichte Übertragung der nationalstaatlichen Logik der Verknüpfung von Staatsbürgerschaft und kultureller Identität hinausgehen.

„[The] term 'identity' need not imply a singular, unified European cultural identity, but can refer to a sense of being a European citizen or to the existence of shared values. [...] European citizenship is 'postnational', because it not only involves membership and participation in supranational and subnational polities, but also because it undermines the assumed link between nationality, national identity and citizenship“ (Painter 2008: 6; 9).

Angesichts der identitätspolitischen Bedeutung, die die EU der Förderung grenzüberschreitender Kooperationen und der Mobilität im Kulturbereich beimisst, stellt das Handlungsfeld Kultur ein vielversprechendes empirisches Untersuchungsfeld für die Frage dar, wie sich Identitäten und Zugehörigkeiten in einem postnationalen Europa gestalten. In dieser Arbeit nehme ich die Perspektive von Kulturakteuren in Grenzregionen ein, deren Kooperation die EU aktiv fördert, und denen sie eine bedeutende Rolle für die Integration Europas zuschreibt. Als Zielgruppe der EU-Kulturpolitik sind sie es, die mit ihren Kunst- und Kulturprojekten die auf politischer Ebene formulierten Ziele der EU mit Leben füllen.

## 1.2 Fragestellung und Untersuchungsfeld

In dieser Arbeit gehe ich der Frage nach, wie europäische Identitäten im Spannungsfeld von Entgrenzungs- und Begrenzungsprozessen beschrieben werden

können. Dies tue ich am Beispiel von Kulturakteuren<sup>1</sup> in Grenzräumen. Angesichts der offenen Grenzen zwischen den Schengen-Staaten sind die Alltagserfahrungen dieser Akteursgruppe zunehmend grenzüberschreitend ausgerichtet, während sich ihre politische Identität als Staatsbürger in der Regel auf ein territorial definiertes Staatsgebiet bezieht. Auf der Grundlage qualitativer Interviews gehe ich im empirischen Teil der Arbeit den folgenden Forschungsfragen nach:

Welche Formen räumlicher Identitäten konstruieren die Kulturakteure im Kontext ihrer jeweiligen Grenzregion? Welche Funktion haben dabei nationale und regionale Grenzziehungen? Inwieweit gehen die Identitätskonstruktionen über binäre Differenzkonstruktionen und eindeutige Abgrenzungen zwischen dem Eigenen und dem Anderen hinaus? Und wie gehen die Befragten mit der Widersprüchlichkeit und Gleichzeitigkeit von Prozessen der Begrenzung und Entgrenzung bzw. der Grenzziehung und Grenzüberschreitung um?

Die Widersprüchlichkeit von Prozessen der Grenzziehung und der Grenzüberschreitung hat für Bewohner von Grenzräumen innerhalb der Europäischen Union eine alltagspraktische Bedeutung: Sie leben auf der einen oder anderen Seite der Grenze, sind Staatsbürger des einen oder anderen Landes und in diesem Sinne eindeutig *verortbar*. Zugleich jedoch fahren sie – angesichts der offenen Grenzen im Schengen-Raum und auf der Grundlage ihrer Unionsbürgerschaft – regelmäßig für Einkäufe oder andere Erledigungen über die Grenze, bauen zusammen mit Kulturschaffenden der Nachbarregion Kooperationsprojekte auf und empfinden neben der räumlichen Nähe teilweise auch eine kulturelle Nähe zu den Nachbarn. Die Auseinandersetzung mit der vermeintlichen Eindeutigkeit kultureller Differenzen zwischen Nationalstaaten, wie sie aus einer theoretischen Perspektive problematisiert wird, gehört damit zu ihrer Alltagserfahrung.

Für Kulturschaffende hat die Einführung der Unionsbürgerschaft die Möglichkeit mit sich gebracht, nationale Grenzen kurzfristig für die Teilnahme an Kulturprojekten zu überschreiten oder auch langfristig in einem anderen Land zu leben und dort zu arbeiten. Auch die grenzüberschreitende Mobilität des Publikums im Grenzraum (sei es für eine Abendveranstaltung oder einen Ausflug am Wochenende) wäre ohne die Unionsbürgerschaft nicht möglich.

Bei den Interviewpartnern für diese Studie handelt es sich ausschließlich um Kulturakteure, die selbst aktiv an grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten beteiligt sind. Das Überschreiten von Grenzen sowohl physisch-räumlicher als auch künstlerischer und institutioneller Art ist Bestandteil ihrer beruflichen Tätigkeit. Damit gehört diese Gruppe zu den

---

1 Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichte ich in dieser Arbeit auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen. Die Personenbezeichnungen gelten in der Regel für beiderlei Geschlecht.

„...größer werdenden Gemeinschaften der kosmopolitanen Jet-Setter (Künstler, Manager, Wissenschaftler, Journalisten etc.), [...] [die] ihre alltagsweltlichen Lebens- und Arbeitsbezüge eher als plurilokalen und internationalen oder gar als globalen Verflechtungszusammenhang denn als vorwiegend lokalen oder nationalen Raumhorizont“ erleben (Pries 2007: 123).

Ausschlaggebend für die Wahl des Kulturbereichs als empirisches Feld war zum einen die in Kapitel 1.1 beschriebene identitätspolitische Bedeutung, die dem Kulturbereich von Seiten der EU zugeschrieben wird; zum anderen war die Tatsache entscheidend, dass das gesellschaftliche Wirkungsfeld des Kulturbereichs weit über das engere, durch politisch-sektorale Zuständigkeiten definierte Handlungsfeld von Kunst und Kultur im engeren Sinne hinaus geht und Kulturpolitik folglich nicht isoliert, sondern im Kontext sozialer, wirtschaftlicher, bildungs- und stadtentwicklungspolitischer Themen gesehen werden muss (vgl. Kapitel 5.1.2). „Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik“ – so lautet aufgrund der thematischen Überschneidungen mit anderen gesellschaftspolitischen Themen ein Grundsatz der heutigen Kulturpolitik (Scheytt 2008: 16; Thierse 2006: 4; Barker 2004: 40; Fuchs 2006: 65f.). Sowohl bei den kulturpolitisch Verantwortlichen als auch bei den regionalpolitischen Entscheidungsträgern besteht – auf allen politisch-administrativen Ebenen – weitgehend Konsens darüber, dass Kulturpolitik als Querschnittspolitik verstanden werden muss. Auf der Ebene von Städten und Regionen wird Kultur nicht zuletzt gefördert, um das Image und die Identität der jeweiligen Stadt oder Region zu stärken.

Dies trifft auch auf die beiden Grenzregionen zu, die in dieser Arbeit im Mittelpunkt stehen: In der *Großregion* um Luxemburg, die auch als *Saar-Lor-Lux-Region* bekannt ist, und in der *Eurométropole Lille-Kortrijk-Tournai* sind die staatlichen Grenzen aufgrund ihrer Lage innerhalb des Schengen-Raums bereits seit über zwei Jahrzehnten für den Personen- und Warenverkehr geöffnet, so dass sich grenzüberschreitende Alltagspraktiken der Bewohner und langfristige politische Kooperationsstrukturen etablieren konnten (vgl. Kapitel 5.1.1).

Speziell der Kulturbereich ist hier in den vergangenen Jahren zu einem politisch viel beachteten Bereich der grenzüberschreitenden Kooperation geworden. In beiden Fällen hatte das Eventjahr der „Kulturhauptstadt Europas“ einen nachhaltigen Einfluss auf den politischen Stellenwert des Kulturbereichs in der grenzüberschreitenden Region, denn neben den nominierten Städten Lille (2004) und Luxemburg (2007) beteiligten sich an den Programmen auch die jeweiligen Nachbarregionen.